

parlament Schwarz-Grün rein prozentual in weiter Ferne liegt und auch Schwarz-Gelb-Grün aus den genannten Gründen schwer machbar erscheint, könnte jedoch eine andere Konstellation mehr und mehr in das Zentrum der Aufmerksamkeit rücken: nämlich die originäre Ampel. Der alte Machttaktiker Jürgen Trittin spricht deshalb bereits heute reichlich euphemistisch davon, dass Rot-Gelb-Grün »ein modernes Deutschland repräsentieren könnte« – für einen ehemals prononciert Linken eine immerhin erstaunliche Aussage.

Damit daraus tatsächlich eine reelle Option wird, wird sich die FDP allerdings noch intensiv auf ihre einstigen sozial-liberalen Wurzeln besinnen müssen. Wann und ob dies tatsächlich der Fall sein wird, steht heute noch in den Sternen. Dagegen spricht der neoliberale Verbalradikalismus Guido Westerwelles, dafür allerdings sein

Machtinteresse. Und dieses sollte man keineswegs unterschätzen, schon weil bei der Wahl im Jahr 2013 die Chancen auf ein Mitregieren der FDP keineswegs größer geworden sein dürften – angesichts einer spätestens dann voraussichtlich möglichen Regierungsbeteiligung der Linkspartei.

Alle diese Überlegungen sind jedoch dann Makulatur, wenn die beiden Großen auch nach 2009 weiter aneinander kleben sollten – allem aktuellen wahltaktischen Gezeter zum Trotz. Dafür spricht in der Tat noch immer das Meiste – schon deshalb, weil jede Dreier-Koalition noch heikler und unkalkulierbarer zu werden verspricht als Schwarz-Rot. Solange dies aber so ist, dürfte mit der Großen Koalition alles *beim* oder (wohl doch eher): *bei der* »Alten« bleiben, wenn nicht die nächsten zwei Jahre doch noch für Überraschungen sorgen.

Tim Spier

Konkurrenz und Mehrheitsbeschaffer

Linksparteien in Westeuropa

»Wie halten wir es mit der Linkspartei?«, lautet die Gretchenfrage der deutschen Sozialdemokratie. Beim Blick auf die europäische Parteienlandschaft sind unterschiedliche Varianten des Umgangs zu beobachten. Die günstige ist die der Koalitionspartnerschaft zum Zwecke der Mehrheitsbeschaffung, mit der zudem linke Protestparteien entzaubert werden können.

Trotz fünfzehn Jahren parlamentarischer Vertretung der PDS im Deutschen Bun-

destag wurde die Präsenz einer Partei links von SPD und in der öffentlichen Diskussion lange Zeit als eine bemerkenswerte Ausnahmeerscheinung wahrgenommen. Die PDS galt vielen als politisches »Schmuddelkind«, als ein Relikt der DDR, ohne nennenswerte Chance auf eine dauerhafte Etablierung im Westen der Republik. Die Überalterung ihrer Mitglieder wurde als Indiz dafür gesehen, dass die Partei früher oder später aussterben würde.

Tim Spier

(* 1975) ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Parteienrecht und -forschung an der Universität Düsseldorf.

tim.spier@uni-duesseldorf.de



Vielleicht häufiger noch als im Falle der FDP ließ man das Sterbeglöckchen für die post-kommunistische Partei läuten, zuletzt nach dem Scheitern der PDS bei der Bundestagswahl 2002. Erst mit dem Erfolg der Linkspartei bei der Bundestagswahl 2005 änderte sich diese Wahrnehmung. Die meisten Beobachter gehen nun davon aus, dass sich die »Linke« zumindest mittelfristig im deutschen Parteiensystem etablieren wird.

Ein Grund für die Unterschätzung einer politischen Kraft links von SPD und Grünen dürfte die Fixierung auf die Erfahrungen in der alten Bundesrepublik gewesen sein. In der Tat: Nachdem die KPD in der Weimarer Republik relativ stark abgeschnitten hatte, war die frühe Bonner Republik gerade durch die bemerkenswerte Schwäche einer nicht-sozialdemokratischen parlamentarischen Linken gekennzeichnet. Die KPD verlor schon lange vor ihrem Verbot 1956 deutlich an Rückhalt in der Wahlbevölkerung. Auch die 1968 neukonstituierte DKP kam über den Status einer Splittergruppe niemals hinaus. Erst

mit den »Neuen Sozialen Bewegungen« Ende der 70er Jahre konnte sich eine junge politische Kraft im deutschen Parteiensystem etablieren: 1983 zog mit den Grünen erstmals seit den 50er Jahren eine neue Partei in den Bundestag ein.

Dass neben SPD und Grünen für eine weitere Partei der politischen Linken im deutschen Parteiensystem dauerhaft Platz sein könnte, erschien vielen Beobachtern aufgrund der westdeutschen Nachkriegsgeschichte unplausibel. Ein Blick in andere westeuropäische Parteiensysteme zeigt jedoch, dass eben solche Linksparteien eher die Normalität darstellen. Um die Entwicklung der deutschen Linkspartei beurteilen zu können, aber auch um zu einer Strategie für den Umgang mit derselben zu finden, lohnt es, die Konturen des Phänomens europäischer Linksparteien genauer in Augenschein zu treten und ihre länderübergreifenden Erfolgsbedingungen zu analysieren.

Die meisten der heute erfolgreichen Linksparteien in Westeuropa gehen direkt oder indirekt auf das große Schisma der

Arbeiterbewegung, die Spaltung in sozialdemokratische und kommunistische Parteien im Gefolge des Ersten Weltkriegs, zurück. In der Zwischenkriegszeit war die Lage der westeuropäischen Kommunisten wechselhaft, doch vor allem unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg konnten sie deutliche Erfolge erringen. Spätestens in den 70er Jahren aber wurde klar, dass sich die kommunistischen Parteien in Westeuropa im elektoralen Niedergang befanden. Ihre Rolle im Kalten Krieg, insbesondere ihre Abhängigkeit von der Sowjetunion und ihre systemkritische Grundhaltung, machten sie für viele Bürger unwählbar. Einige Parteien, allen voran die italienischen und spanischen Kommunisten, versuchten mit einem als *Eurokommunismus* bezeichneten Kurs der Mäßigung und Anpassung an das parlamentarische System bei gleichzeitiger Lösung von der Sowjetunion ihrer Schwächung entgegen zu treten – was zumindest im Fall der italienischen PCI auch teilweise gelang.

Doch mit dem Zusammenbruch des Ostblocks 1989 war ein Festhalten am orthodoxen Kommunismus nur noch schwer möglich. Nur wenige der heute noch relevanten Parteien hielten im Namen am Kommunismus fest, allen voran die *Parti Communiste Française* und die *Kommunistische Partei Griechenlands* (Griechenland). Gerade weil sie nicht bereit waren, sich anzupassen, sind sie heute weit entfernt von den zweistelligen Wahlergebnissen, die sie einstmalig erzielten. Zu dieser Gruppe sind letztlich auch die noch bestehenden italienischen kommunistischen Splitterparteien oder die österreichische KP zu zählen.

Die anderen kommunistischen Parteien gingen höchst unterschiedliche Wege. Um den herben Verlust an Wählerstimmen abzuwenden, gingen sie in vielen Ländern Bündnisse mit anderen Gruppierungen der Linken ein. Auf der iberischen Halbinsel, wo die Möglichkeit der Listenverbindung besteht, haben sich Partei-Allianzen mit Grünen und linksradikalen

Splitterparteien gebildet: In Portugal die *Coligação Democrática Unitária*, in Spanien die *Izquierda Unida*. Beide Bündnisse erlangen bei Wahlen regelmäßig fünf bis zehn Prozent der Stimmen. In Ländern ohne diese wahlrechtliche Möglichkeit kam es teilweise zu Parteifusionen mit Grünen, Linkskatholiken, Pazifisten oder Linksradikalen. In den Niederlanden ist so die Partei *Groenlinks* entstanden, und in Dänemark finden sich die *Enhedslisten – De Rød-Grønne*. Dort, wo die Kommunisten ihre Orthodoxie bewahren konnten, haben sich in manchen Fällen konkurrierende alternative Linksbündnisse gebildet, so etwa im Fall des *Bloco De Esquerda* in Portugal oder von *Synaspismos* in Griechenland.

Eine deutlich andere Traditionslinie bilden die trotzkistischen und maoistischen Neugründungen der 60er und 70er Jahre. Diese Parteien sind zumindest in zwei Ländern durchaus relevant: In Frankreich gibt es mit *Lutte Ouvrière* und der *Ligue Communiste Révolutionnaire* zwei trotzkistische Gruppen, die immer wieder einmal Überraschungserfolge bei Präsidentschafts- oder Europawahlen erzielen. Und in den Niederlanden besteht mit der *Socialistische Partij* von Jan Marijnissen eine ehemals maoistische Partei, die 2006 mit einem Wahlerfolg von landesweit 16,6 % für Schlagzeilen gesorgt hat.

Das über lange Zeit erfolgreichste Modell von Linksparteien in Westeuropa stellen die linkssozialistischen Parteien in Skandinavien dar. Prototypisch für diese Gruppe sind die dänische *Socialistisk Folkeparti* und die norwegische *Socialistisk Venstreparti*, die schon in den 60er Jahren versuchten, einen dritten Weg zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten einzuschlagen. In den 70er Jahren gelang es beiden Parteien, sich als linksalternative Kraft in ihren jeweiligen Parteiensystemen zu etablieren, was den Erfolg grüner Parteien bisher effektiv verhindert hat. Infolge des Zusammenbruchs der Sowjetunion

wandten sich die kommunistischen Parteien in Schweden (*Vänsterpartiet*) und in Finnland (*Vasemmistoliitto*) ebenfalls diesem rot-grünen Kurs zu. Alle vier skandinavischen Linksparteien haben ein beachtliches Wählerpotenzial von rund zehn Prozent. Sie sehen sich nicht als reine Oppositionsparteien, was verschiedene Regierungsbeteiligungen bzw. Duldungen von sozialdemokratischen Minderheitsregierungen verdeutlichen.

Erfolgsbedingungen westeuropäischer Linksparteien

Trotz der Heterogenität ihrer historischen Wurzeln können die westeuropäischen Linksparteien als eine gemeinsame Parteienfamilie aufgefasst werden. Im Europaparlament haben sie sich zur Fraktion *Vereinigte Europäische Linke – Nordische Grüne Linke*, und viele von ihnen auch zur *Europäischen Linkspartei* zusammengeschlossen. Das Argument der funktionalen Äquivalenz spricht dafür, sie als linke Protestparteien einzustufen, die insbesondere Unzufriedenheit mit bestehenden sozialdemokratischen und grün-alternativen Parteien auffangen, sie in parlamentarische Bahnen kanalisieren und dadurch die demokratische Legitimität des Gesamtsystems steigern.

Ihre wichtigste Erfolgsbedingung ergibt sich schon aus diesem Charakter als linke Protestparteien: Sie profitieren vor allem von der Unzufriedenheit mit Reformmaßnahmen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, die insbesondere Regierungen unter sozialdemokratischer Führung treffen. Die Bindung an traditionell bevorzugte Parteien nimmt ab, politische Apathie oder die Wahl einer anderen Partei sind häufig genug die Folge. In Westeuropa unterstützen zwei relativ distinkte Wählergruppen die Linksparteien. Einerseits ist dies vor allem in Skandinavien ein arriertes alternatives Milieu, dessen Mit-

glieder typischerweise gut ausgebildet und materiell im Allgemeinen nicht allzu schlecht gestellt sind. Andererseits können aber auch klassische Arbeitermilieus und neuere Gruppen mit Prekarisierungserfahrungen angesprochen werden. Die Wahl einer Linkspartei ist hier häufiger mit konkreten materiellen Hoffnungen verbunden oder Ausdruck einer grundlegenden Protesthaltung.

Während insbesondere in den 70er und 80er Jahren die skandinavischen Linksparteien davon profitierten, dass sie mit einem rot-grünen *Policy-Mix* besonders die linksalternativen Milieus ansprachen, sind seit Mitte des vergangenen Jahrzehnts gerade die Parteien im Vormarsch, welche eher von der zweiten Wählergruppe favorisiert werden. Mit betont sozialpopulistischen Strategien und einem radikalen Oppositionskurs versuchen sie, in die entfremdeten Arbeitnehmermilieus einzudringen. Pointiert reformorientierte sozialdemokratische Parteien, wie etwa die niederländische PvdA, haben dies besonders stark zu spüren bekommen. Hingegen halten sich die Verluste bei eher traditionalistischen Parteien, wie den französischen Sozialdemokraten, weitgehend in Grenzen.

Während die historischen Wurzeln der jeweiligen Linksparteien die Wähler nicht abzuschrecken scheinen, ist deren Position zum historischen Erbe durchaus relevant. So lässt sich zum Beispiel der unaufhaltsame Niedergang der französischen PCF erklären, die trotzig an kommunistischer Tradition und Symbolik festhält. Probleme ergeben sich für Linksparteien aber vor allem aus der Bereitschaft zur Regierungsbeteiligung, denn der Nimbus des kompromisslosen Protests wird dadurch gebrochen und die Parteien müssen unter Beweis stellen, dass sie es besser können.

In Frankreich hat die Regierungsbeteiligung der PCF 1997 die kommunistische Partei nicht nur an den Rand einer

Spaltung gebracht, sondern ihre Ergebnisse bei der Folgewahl halbiert. Hingegen konnte die niederländische SP, die bislang jede Koalition mit Sozialdemokraten abgeschlossen hat, ihre Ergebnisse sukzessive verbessern.

Auf den Umgang kommt es an

In Westeuropa sind Linksparteien für Sozialdemokraten sowohl Konkurrenz als auch Mehrheitsbeschaffer. Ob diese durch einen Zustrom ehemaliger Stammwähler zu einer dauerhaften Gefahr für die Mehrheitsfähigkeit der Sozialdemokraten werden, hängt vor allem vom Umgang mit ihnen ab. Die scheinbar konsequente Option einer harten Abgrenzung führt enttäuschte Wähler kaum zurück. In den Niederlanden etwa hat die PvdA etwa viele Jahre lang keinen einzigen Antrag unterstützt, den auch die sozialpopulistische SP befürwortete. Dadurch wurden potenzielle

Wähler aber nicht abgeschreckt, vielmehr brachte der Nimbus der kompromisslosen Opposition den ehemaligen Maoisten Stimmengewinne ein.

Auf der anderen Seite führt schon der Verdacht, eine Regierungsbeteiligung anzustreben, in den Reihen der Linksparteien zur Beunruhigung bis hin zu Spaltungstendenzen. Bisher haben Koalitionen mit sozialdemokratischen Parteien fast ausnahmslos zu Verlusten auf der Seite der jeweiligen Linkspartei geführt. In Schweden konnte die SAP sogar nachweisbar Wähler, die sie zuvor an die Linkspartei verloren hatte, in der Zeit der Koalition wieder zurückgewinnen. Gleichzeitig gewinnen Sozialdemokraten über den linken Koalitionspartner die Mehrheiten, die für Regierungen notwendig sind. Die Kombination aus einer Entzauberung der Protestpartei bei gleichzeitiger Nutzung derselben als Machtressource macht diese Variante des Umgangs mit den Linksparteien zu einer ernsthaften Option.

Dev Raj Dahal

Die staatlichen Strukturen sind nicht robust

Nepal auf dem schweren Weg zur Demokratie

Bislang eher im Schatten der Aufmerksamkeit, macht Nepal in jüngster Zeit einen tiefgreifenden politischen Wandel durch, der größere Beachtung verdient. Auf dem Weg zu einer stabilen Demokratie ergibt sich eine Reihe von Schwierigkeiten. Zwei der zentralen Fragen dabei: Wie kann man dem künftigen Volkssouverän die notwendige politische Bildung zukommen lassen? Und: Wie können Frieden und Menschenrechte gesichert werden? Der Demokratisierungsprozess ist, nach hoffnungsvollem Beginn mit der Einsetzung von Interimsregierung und -parlament sowie der Verabschiedung einer Übergangsverfassung, ins Stocken geraten: Die für den 22. November 2007 geplanten landesweiten Wahlen zu einer Verfassungsgebenden Versammlung wurden auf einen unbestimmten Zeitpunkt verschoben. Momentaufnahme aus einem Land im Übergang.

Der politische Wechsel Nepals vom Feudalismus zur Demokratie ist unerwartet auf Hindernisse gestoßen. Am 18. Septem-

ber 2007 trat die Kommunistische Partei (CPN-Maoist) aus der Interimsregierung unter Premier Koirala aus, und die für den